

Richard Meng

Alternative – zu was?

Rot-grüne Führungsfragen zwischen Konkurrenz und Partnerschaft

Die CDU hat in diesem Jahr auch in Frankfurt und Stuttgart die Führungsrolle verloren. Das hängt mit ihrem schwachen lokalen Personalangebot zusammen, aber es ist auch ein Fingerzeig weit über die beiden Städte hinaus. Denn es wird klar, wie wenig stabile Bindungskraft die Merkel-Union noch im städtischen Bürgertum hat. Und es lassen sich Schlussfolgerungen ziehen für die Erwartungen an das frisch nominierte rot-grüne Spitzenpersonal im Bundestagswahljahr.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt war am Ende selbst die siegreiche SPD überrascht, wie wenig Kampfeslust aus dem lange so dominanten CDU-Milieu spürbar wurde – und wie wenig Gehör die auf Schwarz-Grün abonnierten örtlichen Obergrünen an der eigenen Basis fanden. Wechselstimmung also trotz der für Frankfurt spezifischen schwarz-grünen Stadt-Nomenklatura: Das war es, was den Sieg des Sozialdemokraten Peter Feldmann möglich machte. Wenn die Grünen – wie in Frankfurt – trotz breiter politischer Klientel keine attraktive Führungsfigur anbieten können und am Ende in der Stichwahl nur noch zwischen CDU und SPD zu entscheiden ist, votiert die Wählerbasis eindeutig für Rot und gegen Schwarz. Eine Botschaft fürs Stammbuch.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart war eines ähnlich: Die CDU war nach all der Stuttgarter und baden-württembergischen Vorgeschichte nicht mobilisiert und vom Kandidaten der alten Mehrheit ging keine Anziehungskraft aus. Den Unterschied zu Frankfurt machte die Reputation des Grünen-Kandidaten Fritz Kuhn, während hier eher die SPD in personeller Verlegenheit war. Wie die Stichwahl aber bewies, kann unter solchen besonderen Umständen auch grün-rote Lagerbildung funktionieren: Hauptsache, die CDU verliert endlich ihre Macht. Auch das ist eine eindeutige Botschaft an alle, die immer so gerne die These von den schwindenden



Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin und Beiratsmitglied der NG/FH.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Abständen zwischen konservativem und grünem Bürgertum überhöhen.

Wohl wahr: Das städtische Bürgertum ist parteipolitisch betrachtet nicht mehr so altkonservativ, wie es einmal war. Seine politischen Sympathien sind fragiler geworden, die Zuneigung zu diesem oder jenem ist eher flüchtig und allemal mehr kulturell als politisch geerdet. Aber die Analyse ist ja schon da fehlerhaft, wo man von einem einheitlichen Bürgertum ausgeht. Richtig ist: Das alternde, strukturkonservative Besitzbürgertum schrumpft zahlenmäßig. Während das Wertespektrum der Erben- und Aufsteigergeneration weit vielfältiger und weltoffener ist als das der Väter und Mütter. Auf lebensstilistisch identifizationsfähige Kandidatinnen und Kandidaten kommt es da mehr an als auf Parteiprogrammatik und Parteiloyalitäten.

Die CDU Angela Merkels hat auf diese Entwicklung bundesweit mit einem Anpassungsprozess weg vom klassischen Konservatismus und hin zum Mainstream reagiert. Das wurde nicht ohne Erfolg als Modernisierungsprozess verkauft und si-

cherte ihr bei Bundestagswahlen bisher die Mehrheitsfähigkeit, mit der Kanzlerin als unverfänglicher Sachwalterin des Allgemeininteresses. Aber es führte nach und nach auch zu einer programmatischen Auszehrung und Beliebtheit, mit der zumindest unter den Jüngeren keine stabilen Bindungen an die Union mehr erreichbar sind. Ohne klare Botschaft und ohne Figuren, die sie verkörpern könnten, wird auch die Volkspartei CDU am Ende unscheinbar.

Nach einer schwarz-gelben Bundeslegislaturperiode voller programmatischer Leerstellen, in der Themen wie Hotelsteuer und Betreuungsgeld noch für die größten Emotionen sorgten (freilich negative) und Gestalterisches nur noch in Miniaturform sichtbar wurde (siehe Abschaffung der Praxisgebühr), steht tatsächlich die Frage im Raum: Was ist heute im Unionslager noch an politischer Strategie zu erkennen außer dem Ziel der Demobilisierung der Gegenseite? Daraus ergibt sich im Umkehrschluss dann aber auch die Gegenfrage: Was wäre heute bei SPD und Grünen eine politische Botschaft, die das Vakuum füllen könnte – jenseits von Juniorpartnerrollen im Zuge christdemokratischer Beliebtheit? Das Gegenteil von Beliebtheit ist Eindeutigkeit.

Frankfurt und Stuttgart belegen, was zuvor auch in Hamburg, Berlin, München und Köln deutlich wurde: Ein machttaktisch an die Neoliberalen gefesselter Konservatismus ist für die Menschen unattraktiv geworden. Und wo immer die Grünen versuchen, bündnispolitisch an diese Union anzudocken oder sich dies auch nur offen zu halten, spalten sie ihr eigenes Lager. Daraus folgt: Wer 2013 Veränderung im Bund und in den übrig gebliebenen schwarz-gelben Flächenländern Niedersachsen, Bayern und Hessen will, muss die Kontroverse suchen und auf rot-grüne Mehrheiten setzen. Dann also nicht nur auf Wechsel als machtarithmetisches Resultat, sondern verknüpft mit politischen Führungsbotschaften.

Führungsanspruch formulieren

Die innergrüne Führungsbotschaft ist da bisher eher diffus. Neben dem Altlinken Jürgen Trittin bleibt Katrin Göring-Eckardt als Spitzenkandidatin im Bund eher ein Signal der strategischen Offenheit in alle Richtungen. Und mag da auch der »Nervfaktor« der personellen Alternativen Roth und Künast einen Ausschlag gegeben haben: Die Grünen stellen sich inzwischen auch strategisch immer wieder gerne als politische Erben des Bürgerlichen auf, eher klientelzentriert und politisch uneindeutig allemal dann, wenn Verteilungskonflikte eine Rolle spielen. Befeuert wird das immer wieder durch die schwarz-grüne Fantasie eines nicht unerheblichen Anteils der Medienleute. Aber diese Selbstsuggestion entwickelt kein Charisma. Im Gegenteil: Sie kommt als Entpolitisierung der Grünen daher, und das spüren die Leute.

Auf der anderen, der rot-grünen Seite ist es müßig, die alten Debatten über eine irgendwie trennscharfe Rollenverteilung zwischen SPD und Grünen neu zu beleben. Weder die Unterscheidung zwischen materiellen und postmateriellen Themen noch die zwischen Koch und Kellner führt zu irgendeiner Art von Attraktivität. Entscheidend ist, dass das jeweilige Führungspersonal als authentisch und selbstbewusst rüberkommt. Dass es zur Partnerschaft fähig ist, aber auch zur fairen Konkurrenz. Denn natürlich überlappen sich die Zielmilieus von SPD und Grünen, das ist ja gerade der Grund für die Bündnisfähigkeit. Aber vor allem gilt: Natürlich konkurrieren beide auch, wenn es um den Wettbewerb mit den anderen Parteien geht. Und insbesondere gegenüber Jung- und Erstwählern.

Die Attraktivität einer rot-grünen Mehrheit kann sich nur über einen neuen Führungsanspruch ergeben – und darüber, woran er inhaltlich festgemacht, wie er verkörpert und begründet wird. Auch die Alternative zu schwachen Amtsinhabern muss erst einmal wählbar werden. Da ha-

ben Peter Feldmann und Fritz Kuhn in ihren Städten nicht schlecht vorgelegt. Aber es waren doch »nur« Persönlichkeitswahlen, bei denen die Alternative am Ende immer sehr zugespitzt offen liegt. Bei Parlamentswahlen muss sie besonders herausgearbeitet und auch programmatisch klar werden, sonst ist Wechselstimmung nicht

zu erwarten. Und letztlich stellt sich immer die Frage: Die Alternative zu wem und zu was? David McAllister, Horst Seehofer, Angela Merkel und Volker Bouffier sind unterschiedlich gewichtige Titelverteidiger. Eines ist ihnen aber gemein: Für attraktive politische Ziele stehen sie alle nicht. ■

Ralf Melzer

Menschenfeindlichkeit in Zeiten des Umbruchs

Zur neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland

Rechtsextreme Haltungen sind in allen Teilen der Bevölkerung in erheblichem Maße anzutreffen. Damit ist dieses Denken kein »Randproblem« sondern eines der gesellschaftlichen Mitte, so einer der eindeutigen empirischen Befunde der seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der FES in Auftrag gegebenen »Mitte-Studien«. Gefahr droht der Demokratie also nicht von einigen wenigen Extremisten, sondern aus dem Kern der Gesellschaft, wo sich rassistische und autoritäre Vorstellungen nicht unbedingt im Handeln, sehr wohl aber auf der Einstellungsebene manifestieren.

Derzeit bildet Rechtsextremismus den Stoff für Schlagzeilen: Die in der Tat drängende Aufarbeitung der rassistisch motivierten Mordserie des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) beschäftigt nicht nur parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Staatsanwaltschaften und Polizei, sondern auch die Medien und die Öffentlichkeit. Zu wenig Beachtung findet allerdings häufig, dass es menschenfeindliches Denken und Rassismus in ihrer alltäglichen Ausprägung sind, die den Resonanzboden bilden für das Entstehen von organisiertem, gewalttätigem Rechtsextremismus. Gewöhnung und Abstumpfung vergiften schleichend das gesellschaftliche Klima: Die »Abwertung der Anderen« beginnt ganz unspektakulär, unterhalb der Schwelle breiter öffentlicher Wahrnehmung. Zudem ist der weithin verbreitete Reflex, dass, wenn es um Rechtsextremismus geht, man auch



Ralf Melzer

(* 1967) ist Journalist und Historiker und seit 2004 Mitarbeiter der FES. Zur Zeit ist er in der Abteilung Politischer Dialog verantwortlich für das FES-Projekt »Gegen Rechtsextremismus«.

ralf.melzer@fes.de

sofort über Linksextremismus sprechen müsse, für die Auseinandersetzung mit dem Problem wenig hilfreich. Mehr noch: Die Extremismustheorie und die Gleichsetzung von »links« und »rechts« relativieren die menschenverachtende rassistische Ideologie der Rechtsextremisten und die sehr reale Gefahr, die von ihr ausgeht.

Auch 2012 wurde wieder unter wissenschaftlicher Leitung von Elmar Brähler und Oliver Decker eine bundesweite repräsentative Befragung durchgeführt. Der Erhebung liegt eine Stichprobe von 2.415